



Lageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ost Sachsen

Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschaftler, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Bruttopreis für den Monat drei Hefte 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Bezugspauschalpreis) / Verlag: "Arbeiterstimme", Dresden-El. / Geschäftsstelle und Expeditionen: 2 / Grenzpreis-Sammelnummer 14191 / Postgeschäftsstelle Dresden Nr. 13333, Emil Schlegel / Herausgeberschaft: Dresden-El., Güterbahnhofstr. 2 / Herauspr.: Ami Dresden Nr. 17259 / Druckerei: "Arbeiterstimme" Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Montagabende 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Sonnabend) / Preisbasis besteht kein Anspruch auf Lieferung oder auf Zurückzahlung des Bezugspauschens

2. Jahrgang

Mittwoch, den 18. August 1926

Nummer 180

Zom Werwolf bis zu Bethke

Die Wahlfront der „Staatserhaltenden“

Nochmals nur wenigen Tagen das Organ der ländlichen Sozialdemokratie, die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ unter dem Titel „Nicht wieder Sozialdemokratie“ die gewünschte Wahlparole für die schwarz-weisse Front bei den kommenden Landtagswahlen gegeben haben, veröffentlicht das Organ der Jungdeutschen „Volk und Vaterland“ einen Aufruf, in dem sie sich für gemeinsame Arbeit aller nationalen Kreise bei den kommenden Landtagswahlen ausspielen.

Wie haben bereits einmal betont, daß das Zentrum der sogenannten „Vaterländischen Verbände“ vor der Deutschnationalen, einen Einheitsblock gegen den Sozialdemokratischen zu schaffen, der Furcht vor der Radikalisierung der Arbeiterschaft entspringt. Das bestätigt auch der neue Aufruf des völkischen Organs, in dem es heißt, daß sich die Arbeitslosigkeit verhängnisvoll auswirkt wird und große Teile der Arbeiterschaft ins radikale Führerwasser treibe, und dadurch sei die Lage der vaterländischen Bevölkerung im kommenden Wahlkampf keine rohe. Der Kampf gegen die kommunistische Macht muss vor den weitesten nationalen führenden Schichten „gemeinsam“ durchgesetzt werden. Die wirklichen Freunde am ängstlichen Sammelraum zur Schwarzweissen Front sind die Furcht vor einer roten Mehrheit im nächsten Wahlgang. Bekanntlich waren die von den „Vaterländischen Verbänden“ erlossenen Aufrufe zur Bildung einer nationalen Einheitsfront durch die Volkspartei mit der Begründung abgelehnt worden, daß man auch nach den Jahren eine Koalition mit den Nationalsozialisten und den übrigen bürgerlichen Parteien nicht ablehnen könne. Die Volkspartei, die die Berräterei der 23 Renegaten in Sachen nur allzu gern einzuhängen weiß, warnt die faschistischen Verbände vor der starken Formulierung, jedes Bündnis mit der Sozialdemokratie abzulehnen. Herr Blücher und seine Freunde legen ihre Hoffnung auf die Spaltungsspitze der 23 und glauben, mit den Nationalsozialisten, die noch den Wahlsieg nach ihrer Aussöhnung das Jüngste an der Welt bilden werden, die Möglichkeit des Fortbestehens der sozialen Regierungskoalition im Interesse des Bürgertums erhalten. Diese Warnung an die „Vaterländischen Verbände“ ist nicht ohne Erfolg geblieben. Die bürgerliche Presse verbreitet jetzt unter der Überschrift „Wahverbände und Landtagswahl“ eine Erklärung des „Werwolfs“, aus der hervorgeht, daß auch die faschistischen Organisationen bereit sind, mit den sozialfaschistischen Renegaten im nächsten Wahlgang eine gemeinsame Front gegen die Arbeit vorzutragen. In dieser Erklärung heißt es:

„Für alle Wahverbände ist die Staatsform ohne Belang. Das kann natürlich eine „alte Sozialdemokratie“ — in den Worten wahlerster Bedeutung natürlich — Partei Sachsen enthalten ist, die wie ihr Organ, der „Volkstaat“ schreibt, einen sozialen Kapitalismus aus hingebender Staatsgestaltung und nationaler Leidenschaft als allein lebenskräftig verlangt, kann sich in jeder leichten Sichtung für Verhinderung der Wahlzensuskosten aus.“

In Sicht einer Verständigung und den Wehrverbänden nichts im Wege. Denn die Bandeinführung des „Werwolfs“ findet in ihrer Zeitung „Der Werwolf“: Die Ablehnung von wahlenstreitenden Erscheinungen innerhalb der „Nationalen“ darf uns nicht dazu führen, den Angriff auf die fairen Front zu verlegen. Der zweite Aufruf, der eine Ablehnung der Zusammenarbeit mit der KPD — aber nicht KPS — fordert, liegt lediglich dem internationalen Marzenmus der Kampf an.

Damit ist die Front von „Werwolf“ bis zu Bethke hergestellt. Mit offenen Armen empfangen die Werwolfbanditen ihre neuen Freunde, die Herr Rießel, der Chefredakteur des „Volkstaat“, am Montag wegen ihrer schwarz-rot-goldenen Farbung bei den Schwarz-Weiß-Roten entschuldigt und versichert, daß sie trotz allem bereit sind, in der gemeinsamen Front gegen die Arbeiter zu marschieren. In einem Artikel „Frontaufstellung auf ländlichen Wegen“ beschäftigt sich Herr Rießel mit dem Sammelauf der nationalen Wehrverbände und begrüßt den Vorstoß des Führers des Jungdeutschen Ordens Maier zu Lübeck, der die ländlichen Sozialisten vor einem allzu lähmenden Borgen gehen gegen die „alten Sozialdemokraten“ marmte, um dann am Schluss die sozialsozialistische Gestaltung und nationale Einstellung der Nationalsozialisten mit folgenden Worten zu beweisen. Herr Rießel schreibt:

„In diesem Zusammenhang konnte man sich verflucht fühlen, noch ausführlicher auf die besondere Verhältnisse der ländlichen Arbeiterbewegung einzugehen. Wir wollen es nicht tun. Wer Augen hat zu sehen, sieht genug. Hier hat eine Entwicklung begonnen, die, wenn man sie nicht hört, zum Segen des deutschen Volkes eine Bedeutung gewinnen kann, die weit über die Grenzen Sachsens hinausreicht. Die Aussichten jener Entwicklung sind günstig: ein nationales Verbünden, das sich davon verabschiedet. Diese Entwicklung darf schon genug damit zu tun, daß sie ja früh, zu früh vielleicht, vor die Landtagswahlen gehtelt wird. Da soll man wahrscheinlich politischen Kunden nicht entlaufen, mit Süden in der Luft herumzuflugen; es können allerlei neuerdings mögliche Reime idyllisch getroffen werden. Da eine Bürgerliche Einheitsfront geschaffen werde und daß die Einheitsfront schwarz-weiß rot ist, ist jetzt wirklich nicht das, was uns am dringlichsten nötzt; die Einheitsfront, deren, die willens sind, dem Reiche in seiner Stärke zu geben, was seiner Sicherhaltung dient und seiner Rettung kommt, ist unvergleichlich bedeutsamer; nur Negitative Predanten können darüber in Aufregung geraten, wenn in dieser Einheitsfront schwarz-rot-goldene Farben wieden.“

Nach diesem offenen Bekennen zum Nationalsozialismus dürften ernsthafte Schwierigkeiten zur Herstellung der schwarz-weißen Einheitsfront von „Werwolf“ bis Bethke nicht mehr bestehen. Der „Werwolf“ wird die schwarz-rot-goldene Farbmischung der Nationalsozialisten entschuldigen. Im Ziele sind sie die Herrschaften einig. Sie sind einander wert. Die Arbeiterschaft weiß, was sie von beiden zu halten hat und wird ihnen die entsprechende Antwort bei den kommenden Wahlen zuteil werden lassen.

„Goldrausch“

Die deutsche Wirtschaft ist in eine Bewegung geraten, deren endgültiges Charakter wir vielleicht erst in einigen Jahren, rückwärts schauend, noch zu würdigen wissen werden. Die Konzentrationsbewegung schreitet rasch fort; höchst oft gegründete Mannschaften lassen neue Unternehmungen auf; in nun nicht selten vertriebenen Großbetrieben, wie z. B. in der Elektroindustrie, zeigen sich deutliche Anzeichen neuer Zusammenschlüsse; und zugleich treten internationale Vereinbarungen, voran der eben abgeschlossene westeuropäische Eisenbahn-, auch auf internationalem Gebiet eine vielleicht beispiellose Umgruppierung ein. Niemand kann erraten, in welchem Grade die wirtschaftliche Stellung Deutschlands von allen diesen Vorgängen in Zukunft gekürt wird. Möglicherweise, in Naren Ziffern meßbar. Ist ein bereits gegenwärtiger Kapitalzuwachs die frappante Leistungsfähigkeit, die der deutsche Kapitalmarkt in den letzten Monaten gewonnen hat?

Dieser, im Sinn eines poetisch gewordenen Börsenjournalisten gehörte, kommt auf die Erfahrung des deutschen Kapitalismus steht in einem „Goldrausch“ bezeichneten Artikel des „Montag Morgen“. Und dieselbe bezeichnete, vom heiligen Maul ergriffene Börsenjournalistin des „Montag Morgen“ weist auf die gewaltigen Kapitalmobilien hin, die jetzt in Deutschland vor sich gehen, und die selbst die Emigranten von London und New York übersteigen. Es fehlt nur noch der Vergleich des deutschen Kapitalismus mit dem König Wilhelms, der nach der Sage alles, was er ansieht, in Gold verwandelt.

In der Tat: der deutsche Kapitalismus hat, nicht zuletzt dank des Zusangs, den die reformistischen Gewerkschaftsbauern ihm geleistet haben und leisten, ein beträchtliches Glück auf dem Wege seiner Kapitalbildung, die über Arbeitsteilung und Produktivität führt, aufzusteigen. Und in dem hymnus des „Montag Morgen“ über den Goldrausch preist sich nur das zunehmende Plakatbewußtsein der deutschen Bourgeoisie wider, die ihre Rationalisierungsoffensive gegen die Werktagen erfolgreich voranzutreiben hat.

Kapitalmonopole, gewaltiger als die vor dem Kriege, bauen sich in Deutschland auf. Trusts, straffer organisiert als je im Vortriegerdeutschland, unterdrücken sich, Milliarden und Milliarden von Kapital zusammenfallend, ganze Wirtschaftsgruppen. Der Kuhkartonkult der 2,5 Milliarden Mark-Hunderttausende von Arbeitern müssen dem Kommando der Trustherren in täglich sich verschärfender Beharrlichkeit gehorchen. Das mittlere Kapital, der Handwerk, empfängt das Gelehrtes ihres Handels, empfängt die Bedingungen ihrer Existenz von den Geschäftsmännern und Tiefretern, die eine Handvoll Trustherren nach dem Prinzip ihres Profils ihres Kapitalherrens selbstkritisch erläutern. Die Republik Hindenburgs, die Republik Weimar, das kapitalisiert vor dem Diktat des Eisenherrn dieses und jenes an den Rhein, verzichten auf die Souveränität ihrer Zoll- und Wettbewerbsgelehrten zugunsten der deutschen Kapitalgemeinschaft und des französischen Hüttentomistes.

Ein Goldrauschen von Milliarden ergiebt sich über die Trümmerquellen. Sie haben gut rationalisiert. Sie haben gut die Arbeit geteilt. Sie haben die Keile des laufenden Kapitals fest als ein kühneres Band zusammengeschmiedet. Sie haben gut in Amerika gepunktet.

Das internationale verschleierte Finanzkapital im Ausland montiert, der seine Betteln rafflos zusammenlegt, in Zusammenarbeit seine Proleten bindet und zugleich laufende auf die Straße wirkt, kann 180 Millionen Mark Juros Jahr um Jahr planten aus den internationalem Montankonzernen zu den Bankhäusern in Stuttgart, London und Amsterdam abgesetzten werden, das Finanzkapital im Chemiekartell, das mit weiblicher Unterstützung des Konzerns Royal Dutch und Standard Oil verfügt, erlebt einen neuen Goldrausch.

Doch: ist die Krise des deutschen Kapitalismus durch die ungeheure Kapitalumwandlung, die selbst nur Folge der Krise ist, überwunden? Mit nichts. Wenn Kapitalkapital heißt, man kann die Kraftseite der Masse. Hier wurde mit amerikanischer Hilfe so gründlich rationalisiert, daß die Preise nicht erhöht wurden, sondern erhöht werden müssen. Heinz Böckeler im „Berliner Tageblatt“ sagt darüber, daß man über die sozialen Rationalisierungen — so nennt er die Ergebnisse des Raubbaus an der Arbeiterschaft, den willkürlichen Inhalten der Rationalisierung — die Verschwendungsbedürfnisse des Kapitals, Profit, keigenden Profit abzuwerten, vergessen habe. Es ist klar, daß die Rationalisierung, daß die Verschwendungen zwar das Glück der breiten Massen verneinen, daß sie zwar die Produktivität der Gesellschaft, die mit die einzelnen Kapitalgruppen konkurrenzfähig bleiben, weiter erhöhen müssen, daß sie aber zugleich, indem sie diesem kapitalistischen Geiste gehorchen, die ökonomischen und politischen Widerstände des Kapitalismus national und international immer neu und immer stärker wieder erzeugen, bis sie in neuer geheimer Krise ausbrechen.

Die Verschwendungen im Zusammenhang mit der Rationalisierung, die internationale Verschwendungen im neu entstandenen Finanzkapital, haben sie die Krise der Arbeitslosigkeit gelöst? Der Bergarbeiterkrieg in England, das Massenheer von zwei Millionen Arbeitslosen und mehr in Deutschland geben die Antwort. Haben sie die Krise des Reiches gelöst? Die Antwort ist in dem Rückgang der Nominalwährung, die selbst in amtlichen Statistiken seit dem April zugegeben wird, der Rückgang der Reallohn durch Preissteigerung und gestiegerte Geharbeit ohne entsprechende Lohnsteigerung.

Haben die Trusts, hat das internationale organisierte Finanzkapital die Mächte errungen, die dem europäischen, insbesondere dem deutschen Kapitalismus gelten und, bestreiten aber auch nur föderieren können? Die Antwort gibt die Preisrechnung beim Kalkulationsfall, die Antwort geben jene die Trusts lebt, die Fragen die reformistischen Führer des IGB.

Ein wichtiger Beschuß der Bergarbeiter

Der Bezugsausschuß zu Verhandlungen beauftragt. — Die Arbeitnehmer fordern Fortsetzung des Kampfes

London, 18. August. (Eigener Drahtbericht.)

Nach lebhaften Tumultzonen, die durch Angriffe der Gewerkschaften gegen die Regierung und gegen die Führung der Bergarbeitergewerkschaft hervorgerufen waren, fand die in London tagende Delegiertenkonferenz der Bergarbeiter einen wichtigen Beschuß, nach dem der Bezugsausschuß der Bergarbeiterföderation beauftragt wird, sofort mit der Regierung und den Grubenbesitzern Verhandlungen aufzunehmen, um den Boden zu einer Verständigung vorzubereiten. Der Arbeitsminister und der Grubenbesitzer sind von ihren Landsleuten nach London zurückgekehrt. Baldmöglichst, die Bergarbeiterdelegierten zu empfangen. Ungegen der passiven Haltung des Gewerkschaftsführers und die Arbeit für Durchführung einer Solidaritätsaktion. Man hat bei den Eisenbahn-, Transport- und Industriebetrieben in London von den Gewerkschaften die sofortige Einberufung einer Konferenz zur Organisierung des Kollektivkampfes gefordert. Auch der Londoner Generalrat fordert in seiner letzten Sitzung für Verhinderung der Kohlenkonzerte aus.

Wie die Telunion berichtet, geht der Beschuß der Delegiertenkonferenz der Bergarbeiter, der in der Sitzung am zweiten Verhandlungstag gefaßt wurde, dahin, daß die Verhandlungen, in denen der Bezugsausschuß der Bergarbeiterföderation bestimmt wird, den Abschluß eines nationalen Abkommen nicht folge haben müssen und ähnliche Abschmälerungen nicht getroffen werden.

Auch lasst sich die Tragweite des Beschlusses der Bergarbeiterdelegiertenkonferenz, die Verhandlungen mit der Regierung und den Grubenbesitzern aufzunehmen, nicht voll übersehen. Eine solche Sitzung kann gefaßt werden, falls die Bergarbeiter nach

180 Tagen keinen Kompromiß, von der Regierung und vom Grubenbesitzer eingeleitet. Auch dieser Beschuß, der keinerlei konkrete Verpflichtung des einzelnen, dem IGB angeliehenen Gewerkschaftsvertreters auferlegt, zeigt die ganze jämmerliche Haltung des Hauses auf. Noch ist der Ausgang des Kampfes ungewiß. Am Ende bestimmt die Schuldenlast, die Schuld an der Regierung, die Niedergang der Gewerkschaften beweisen, die bisher allein 6 Millionen Mark zur Unterstützung zur Verfügung stellten. Erst unter dem Druck dieser glänzenden Solidaritätsbewegung besteht der IGB vor wenigen Tagen, seine Landesföderationen anzuwählen, in der ihnen gesetztes erscheinendes (1) Werk die Sammlungen für die Bergarbeiter einzuleiten. Auch dieser Beschuß, der keinerlei konkrete Verpflichtung des einzelnen, dem IGB angeliehenen Gewerkschaftsvertreters auferlegt, zeigt die ganze jämmerliche Haltung des Hauses auf. Noch ist der Ausgang des Kampfes ungewiß. Am Ende bestimmt die Schuldenlast, die Schuld an der Regierung, die Niedergang der Gewerkschaften beweisen, die bisher allein 6 Millionen Mark zur Unterstützung zur Verfügung stellten. Erst unter dem Druck dieser glänzenden Solidaritätsbewegung besteht der IGB vor wenigen Tagen, seine Landesföderationen anzuwählen, in der ihnen

nein schon festgelegt werden, die Schuld an der Regierung, die Niedergang der Gewerkschaften beweisen, die bisher allein 6 Millionen Mark zur Unterstützung zur Verfügung stellten. Erst unter dem Druck dieser glänzenden Solidaritätsbewegung besteht der IGB vor wenigen Tagen, seine Landesföderationen anzuwählen, in der ihnen